

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates

A h o l m i n g

am 12. Juli 2006

im Sitzungssaal des Rathauses Aholming

Vorsitzender: 1. Bürgermeister Apfelbeck
Schriftführer: VOAR Gamsreiter

Der Vorsitzende erklärte die anberaumte Sitzung um 19.30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden, und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind.

Von den 15 Mitgliedern (einschl. Vorsitzender) des Gemeinderates sind 13 anwesend:

Betzinger Martin, Emmerdinger Johann, Falter Hans-Jürgen, Friedberger Theresia, Gerl Herbert, Hackl Helga, Högl Michael, Hof Alfons, Jummer Johann, Obermaier Kaspar, Reichl Johann, Riederer Franz;

Entschuldigt fehlen: Jummer Walter und Unverdorben Max

Außerdem waren anwesend: Herr Rehm von der OZ
Herr Keller vom Plattlinger Anzeiger
9 Zuhörer

Die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Der nichtöffentliche Teil wurde vorgelesen. Einwendungen sind nicht erhoben worden.

Punkt 1 Jahresabschluss 2005 der Volkshochschule Deggendorfer Land e.V.

Die Gemeinderatsmitglieder hatten mit der Sitzungsladung einschlägige Unterlagen zum Jahresabschluss 2005 der VHS Deggendorf zugestellt bekommen.

Beschluss mit 13 : 0 Stimmen

Der Gemeinderat stimmt dem Jahresabschluss 2005 der Volkshochschule Deggendorfer Land e.V. mit einer Bilanzsumme von 337.853,84 € und einem Jahresfehlbetrag von 16.871,08 €, der auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren verrechnet wird, zu.

Punkt 2 Fliegenplage in Tabertshausen

Der Vorsitzende führte aus, dass entgegen der Erwartungen bei der Fliegenplage in Tabertshausen keine gravierende Besserung eingetreten sei. Obwohl er zwischenzeitlich in der Farm weniger Fliegen festgestellt habe, herrschen insbesondere im betroffenen Baugebiet derzeit teilweise Zustände wie im Vorjahr. Dies sei für die Bevölkerung nicht hinnehmbar.

Der Vorsitzende erlaubte den in der Sitzung anwesenden betroffenen Anwohnern die Vorführung von Videoaufnahmen der letzten Fernsehsendungen in Sat1 und RTL. Außerdem hatte Herr Plenk noch am Sitzungstag gegen 18.00 Uhr vor der Einfahrt der Hühnerfarm Aufnahmen gemacht. Diese wurden ebenfalls vorgeführt und erläutert.

Unter den Zuhörern befand sich auch Frau Rechtsanwältin Steiger aus Plattling, die die Anwohner juristisch beraten und vertreten wird.

Die Gemeinderatsmitglieder hatten bereits mit der Sitzungsladung einschlägige Unterlagen zugestellt bekommen. Dazu wurde von der Verwaltung folgendes vorgetragen:

In der letzten Sitzung am 29.05.2006 hatte der Gemeinderat beschlossen, dass auf Kosten der Gemeinde von Herrn Dr. Benker ein Gutachten erstellt werden soll.

Nach einem Schreiben von Staatsminister Dr. Werner Schnappauf vom 30.05.2006 an MdL Eike Halitzky seien bei einem Ortstermin am 04.05.2006 im betroffenen Wohngebiet bei sonnigen aber windigen Wetter keine Auffälligkeiten festgestellt worden. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Sanierung der Legehennenfarm durch den Einbau einer Kotbandtrocknung auf Grund der TA Luft ohnehin bis 30.10.2007 durchzuführen sei. In dem Schreiben wird

auch ausgeführt, dass das Landratsamt die Anlage im schlimmsten Fall gemäß § 20 Abs. 1 Bundesimmissionsschutzgesetz stilllegen könnte.

Die bayer. Landesanstalt für Landwirtschaft teilte der Gemeinde mit Schreiben vom 14.06.2006 mit, dass dem Gesuch um Erstellung eines Gutachtens leider nicht nachgekommen werden darf. Das Institut sei dafür nicht zuständig, dafür gäbe es bestellte und vereidigte Sachverständige.

Am 27.06.2006 erließ das Landratsamt Deggendorf eine Anordnung, wonach die Betreiberfirma der Farm verpflichtet wird, bis 31.08.2006 ein detailliertes Konzept vorzulegen, in dem dargelegt wird, durch welche Maßnahmen die nach TA Luft 2002 erforderliche Altanlagensanierung erfolgen soll. Die Anforderungen dieser Vorschrift sind danach bis spätestens 30.10.2007 zu erfüllen.

Der Gemeinde liegt ein Bericht über ein Monitoring vom 29.06.2006 in der Hühnerfarm vor. Die Schädlingsbekämpfungsfirma führt darin aus, dass der Fliegenbefall im gesamten Innenbereich der Ställe von sehr wenig über wenig bis mäßig eingestuft wird. Im Außenbereich wären insgesamt sehr wenig Fliegen vorhanden. Die Befallstruktur auf dem Firmengrundstück sei durchweg als sehr gering zu bezeichnen. Ein Ausschwärmen der Population vom Betrieb auf das ca. 400 m entfernte Baugebiet wird danach für nahezu ausgeschlossen. Bei einer ausführlichen Begehung des siedlungsnahen Umfelds seien zahllose offene Kompostlagerungen, einige Mistrotten auf landwirtschaftlichen Betrieben und auch ein Feuchtbiotop aufgefallen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass für die Schädlingsbekämpfung grundsätzlich die Eigenverantwortung des Eigentümers gelte.

Von Seiten der Verwaltung wurde weiter ausgeführt, dass am Sitzungstag telefonisch mit zwei amtlichen Sachverständigen Kontakt aufgenommen worden war. Ein Sachverständiger wies darauf hin, dass es juristisch problematisch sein kann, wenn in der näheren Umgebung der Farm weitere viehhaltende Betriebe vorhanden seien. Dann wäre die Hühnerfarm nur ein Faktor von mehreren. Die Beweislage wäre dann schwierig, weil eine eindeutige Zuordnung zur Farm nicht möglich sei. Der zweite Gutachter bestätigte diese Meinung grundsätzlich und ergänzte, dass in dem Gutachten das gesamte Umfeld der Farm einbezogen werden müsse. Er würde aber unter bestimmten Voraussetzungen das Gutachten erstellen.

In der anschließenden Aussprache, an der sich auch die anwesenden Zuhörer beteiligten, wurden Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Dabei führte Rechtsanwältin Steiger aus, dass eine Zivilklage wegen Unterlassung angestrebt werde. Sie gehe davon aus, dass das Gericht dann sowieso ein Gutachten anfordern werde. Aus diesem Grund halte sie derzeit die Erstellung eines parteilichen Gutachtens durch die Gemeinde nicht für sinnvoll.

Als Ergebnis der Aussprache wird festgehalten, dass von Seiten der Gemeinde derzeit kein Gutachten in Auftrag gegeben wird. Der Vorsitzende wird seinen ganzen Einfluss dahingehend gelten machen, dass die Anordnung des Landratsamts Deggendorf vom 27.06.2006 mit Nachdruck umgesetzt wird.

Punkt 3 Einweihung des Bürgerhauses Aholming

Als Termin für die Einweihung des Bürgerhauses Aholming wird Samstag, der 23. September 2006 festgelegt. Ab 9.30 Uhr soll ein Stehempfang im Eingangsbereich stattfinden. Von 10 Uhr bis 12.00 Uhr ist der Festakt mit Weihe und Ansprachen vorgesehen. Ab 12 Uhr soll für die Ehrengäste im Gasthaus Karg ein Mittagessen stattfinden. Ab 14 Uhr ist dann ein Tag der offenen Tür geplant. Das Rahmenprogramm sollen die Musikschule sowie der Chor Stimmgabel gestalten. Die Gästeliste wurde im Wesentlichen festgelegt. Mit Zustimmung des Gemeinderats werden die weiteren Einzelheiten vom 2. Bürgermeister Gerl, Gemeinderatsmitglied Frau Friedberger und der Verwaltung festgelegt.

Punkt 4 E.ON Bayern AG

- a) Aufhebungsvertrag zum Konzessionsvertrag vom 31.07./01.08.1991
- b) Abschluss eines neuen Straßenbeleuchtungs- und Stromlieferungsvertrages

Die Gemeinderatsmitglieder wurden darüber informiert, dass die E.ON Bayern AG auf die Gemeinde wegen einer vorzeitigen Verlängerung des bestehenden Konzessionsvertrages vom 31.07./01.08.1991 zugekommen sei. In diesem Vertrag ist auch der Straßenbeleuchtungs- und Stromliefervertrag enthalten. Künftig könnten diese drei Verträge separat abgeschlossen werden. Einzelheiten dazu wurden erläutert. Eine vorzeitige Verlängerung wäre nur möglich, wenn die Vertragspartner vorher einvernehmlich die vorzeitige Beendigung des bestehenden Vertrages zum 31.02.2008 vereinbaren. Danach müsste die Gemeinde Ihre Absicht bekannt machen, dass sie nach § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz die vorzeitige Verlängerung des bestehenden Konzessionsvertrages anstrebe. Mögliche Interessenten können dann Ihre schriftliche Bewerbung abgeben.

Nach Ausführungen des Bayer. Gemeindetags bringt die Neufassung des Musterkonzessionsvertrages Strom eine geringfügige Stärkung der Rechtsposition der Gemeinden. Ausdrücklich aufgenommen ist u. a. ein Mitspracherecht der Gemeinde bei der Festlegung und Gestaltung von Versorgungsanlagen. Im neuen Straßenbeleuchtungsvertrag ist die Vereinbarung zur Stromlieferung nicht mehr integriert. Das neue Komplettpaket beinhaltet zusätzlich zum bisherigen Wartungspaket auch die Kosten von Drittschäden. Dabei steigt die Pauschale je Brennstelle/Jahr von derzeit netto 19,15 € auf künftig 20,03 €.

Beschluss mit 10 : 3 Stimmen

Zur Ermöglichung einer vorzeitigen Verlängerung (§ 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz) des bestehenden Konzessionsvertrages vom 31.07./01.08.1991 zwischen der Gemeinde Aholming und der E.ON Bayern AG beschließt der Gemeinderat die vorzeitige Beendigung dieses bestehenden Vertrages zum 31.08.2008. Auf die Bekanntmachungspflicht nach § 13 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz wird hingewiesen. Beim Neuabschluss wird nach Empfehlung des Bayer. Gemeindetags das neue Vertragsmuster zu Grunde gelegt.

Beschluss mit 10 : 3 Stimmen

Der Gemeinderat ist mit dem Straßenbeleuchtungsvertrag (Komplettpaket), Laufzeit wie bisheriger Vertrag bis 01.07.2011, und dem separaten Stromlieferungsvertrag dazu, Laufzeit bis 30.06.2007, vollinhaltlich einverstanden. Der Vorsitzende wird zur Vertragsunterzeichnung ermächtigt.

Punkt 5

Sachstandsbericht über den Ausbau der Ortsdurchfahrt Aholming

Der Vorsitzende führte aus, dass durch den Wasserrechtsbescheid vom 31.05.2006, in dem die Einleitung von Oberflächenwasser aus dem Ausbau der Ortsdurchfahrt in mehrere Gewässer erlaubt wird, erweiterte Anforderungen wie z. B. Größe des Rückhaltebeckens, Einbau von Absetzschächten usw. an die Oberflächenentwässerung gestellt werden, die Mehrkosten verursachen. So müssen z. B. Absetzschächte im Grundwasser gesetzt werden. Im Rahmen der Aktualisierung und Anpassung der Planung wird aber dabei versucht, die kostengünstigsten und wirtschaftlichsten Lösungen zu finden. Manchmal sind aber auch Zwangspunkte gegeben, wenn z. B. eigentlich notwendiger Grunderwerb scheitert oder Dienstbarkeiten nicht gewährt werden. Das Landratsamt aktualisiert derzeit die Kosten und teilt dann der Gemeinde das Ergebnis mit. Der Vorsitzende führte weiter aus, dass im Rahmen der Baumaßnahme auch auf die Gemeindearbeiter zusätzliche Arbeiten im Zusammenhang mit dem Austausch der Hausanschlussschieber oder der Unterflurhydranten zukamen. Er sprach auch die notwendigen Wasserabsperrungen an. Weiter teilte er mit, dass die Esche in der Kurve beim Gasthaus Karg entfernt werden muss, weil sonst erhebliche Mehrkosten bei der Oberflächenentwässerung entstehen würden. In der anschließenden Aussprache monierte Gemeinderatsmitglied Betzinger die verspätete Information der Anlieger durch die Baufirma. Gemeinderatsmitglied Obermaier kritisierte die Planung der Straßenführung im Bereich der Kurve vor dem Rathaus.

Er fragte, warum der Gemeinderat hier kein Mitspracherecht hatte. Auch der Vorsitzende hätte die Mauer in diesem Bereich zu Gunsten einer breiteren Straße lieber verschoben.

Dazu wurde ausgeführt, dass es sich um eine Straßenbaumaßnahme der Landkreis handle, an der die Gemeinde lediglich mit dem Bau eines Gehweges, der Straßenoberflächenentwässerung und der Erneuerung der Straßenbeleuchtung beteiligt sei.

Punkt 6

Jahresrechnung 2005

- a) Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben
 - b) Feststellung gem. Art. 102 Abs. 3 GO
 - c) Entlastung
-

Von Seiten der Verwaltung wurden die wesentlichen Haushaltsüberschreitungen aus der Jahresrechnung 2005 vorgetragen und erläutert.

Beschluss mit 13 : 0 Stimmen

Die in der Jahresrechnung 2005 aufgeführten Haushaltsüberschreitungen (über- und außerplanmäßige Ausgaben) werden hiermit, soweit sie erheblich sind, vom Gemeinderat gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 2 GO genehmigt.

Die Gemeinderatsmitglieder hatten bereits mit der Sitzungsladung das Ergebnis der Jahresrechnung 2005 gemäß § 79 KommHV zugestellt bekommen.

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Gemeinderatsmitglied Frau Friedberger teilte mit, dass am 04.07.2006 die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2005 durchgeführt wurde. Sie bedankte sich für die Unterstützung der Verwaltung und teilte mit, dass die Prüfung zu keinerlei Beanstandungen geführt habe. Im Zusammenhang mit den Vereinszuschüssen sprach sie die in den letzten Jahren fehlenden Kassenberichte der Vereinsgemeinschaft

Tabertshausen-Neutiefenweg an. Es sollte überlegt werden, ob nicht die alten DM-Beträge auf runde Euro-Beträge festgelegt werden. Außerdem regte sie eine Aufgliederung der Unterhaltskosten für die Sportplätze an. Zweiter Bürgermeister Gerl fragte als Vorstand der Vereinsgemeinschaft, warum nur sein Verein einen Verwendungsnachweis vorlegen muss. Auch andere Vereine bekämen von der Gemeinde Geld und müssten dies nicht tun. Im Übrigen habe er zwischenzeitlich rückwirkend bis 1999 die fehlenden Kassenberichte bei der Verwaltung abgegeben.

Beschluss mit 13 : 0 Stimmen

Feststellung der Jahresrechnung 2005 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO gemäß Anlage zur Sitzungsniederschrift.

Von Seiten der Verwaltung wurde auf die Änderung der Gemeindeordnung zum 01.08.2004 hingewiesen, wonach gemäß Art. 102 Abs. 3 GO nunmehr die Entlastung zur Jahresrechnung bereits vor der überörtlichen Rechnungsprüfung durchzuführen ist.

Beschluss mit 12 : 0 Stimmen

(Bürgermeister als Leiter der Verwaltung nicht stimmberechtigt)

Zur Jahresrechnung der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2005 wird mit dem im vorstehenden Gemeinderatsbeschluss festgestellten Ergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO Entlastung erteilt.

Punkt 7

Bekanntgaben, Wünsche und Anfragen

- a) Die Gemeinderatsmitglieder wurden über den Zuwendungsbescheid des Wasserwirtschaftsamts vom 12.06.2006 informiert. Darin werden für zwei errichtete Kleinkläranlagen Zuweisungen von 6.450,- € bewilligt.
- b) Von Seiten der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass die Gemeinde aus dem Katastrophenschutzfond für die Schneekatastrophe 2006 eine Zuwendung von 2.323,58 € erhält. Damit sind 65% der angefallenen Kosten abgedeckt.
- c) Das Landratsamt Deggendorf hat mit Schreiben vom 02.07.2006 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 der Gemeinde genehmigt. Einzelheiten dazu wurden vorgetragen.
- d) Die Gemeinderatsmitglieder wurden darüber informiert, dass am 10.08.2006 ab 15.00 Uhr in der Gemeinde das Spielmobil des Kreisjugendrings Station macht. Außerdem teilte Gemeinderatsmitglied Frau Friedberger mit, dass sie das Ferienprogramm 2006 fertig gestellt habe. Sie bedankte sich dabei ausdrücklich bei allen Vereinen und Einrichtungen, die mit Veranstaltungen am Ferienprogramm teilnehmen.

- e) Die Verwaltung teilte mit, dass gemäß Anschreiben des Landratsamts vom 22.06.2006 Personen für die Ehrung für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung im Jahr 2007 vorgeschlagen werden können.
- f) Die Gemeinderatsmitglieder wurden über die Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Bayer. Mundarttag in Deggendorf informiert.
- g) Den Gemeinderatsmitgliedern wurde die Einladung des TSV Aholming zum Sportwochenende am 15. und 16.07.2006 mitgeteilt.
- h) Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass demnächst die Bescheide für den BA07 der Abwasseranlage versandt werden. Die Fälligkeitstermine der drei Raten wurden bekannt gegeben.
- i) Gemeinderatsmitglied Franz Riederer sprach die unbefriedigende Verkehrsregelung in einem Bereich am Ölgartenweg an. Der Vorsitzende sagte eine sofortige Abhilfe zu.
- j) Gemeinderatsmitglied Frau Friedberger informierte als Jugendbeauftragte über die Anforderungen der Jugendhilfeplanung und erläuterte dazu Einzelheiten. Danach soll für alle Jugendleiter ein runder Tisch eingerichtet werden, in dem geleistete Jugendarbeit erfasst und dokumentiert wird. Dazu sollte Ende September ein Termin vereinbart werden. Außerdem wies sie darauf hin, dass in der Zeit vom 12. bis 15.07.2007 bayernweit eine Sozialaktion „Drei Tage Zeit für Helden“ stattfindet und erläuterte dazu Einzelheiten.
- k) Gemeinderatsmitglied Frau Hackl sprach eine Grundstücksangelegenheit in Penzling an. Zur ebenfalls angesprochenen Sanierung der Brückengeländer teilte der Vorsitzende mit, dass dieser Auftrag bereits vergeben sei.
- l) Gemeinderatsmitglied Emmerdinger sprach das mangelhafte Bankettmähen im Bereich Neutiefenweg an.
- m) Gemeinderatsmitglied Hof stellte den Antrag, endlich das Problem der mangelhaften Oberflächenentwässerung im Baugebiet Tabertshausen West zu beseitigen. Der Sachverhalt dazu wurde besprochen.

Vorsitzender

Schriftführer

gez.
Gerl
2. Bürgermeister

gez.
Gamsreiter
VOAR